

Litauische Rundschau

Preis Einzeln. 50 Pf.

Einzige deutsche Tageszeitung in Litauen.
Organ der Partei der Deutschen Litauens!

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučio g-vė Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegrammadresse: Litru Kaunas.
Postcheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.

Nr. 81.

Kowno, Donnerstag 28. April 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags Abonnementpreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen für 1 Monat — 10. M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 3 Mark. an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigenstich) 4 M. 50. Pf. Stellengesuche, Stellenangebote & Familiennachrichten 2 Mark. Preisaenderungen behaltet sich die Redaktion vor.

Brüssel.

Die Nachrichten aus Brüssel besagen so gut wie nichts. Verhandelt wird jedenfalls anscheinend nicht. Askenasy vermeidet es, sich zu zeigen. Er ist „krank“.

Zu dieser „Krankheit“ schreibt nach einem Bericht des Sonderkorrespondenten der „Eita“ die Pariser Zeitung „Aire Nouvelle“: „Es sieht nicht so aus, als wendete die polnische Regierung der Brüsseler Konferenz die nötige Aufmerksamkeit zu. Die Krankheit Askenasy's ist — ein Vorwand. In der polnischen Delegation befinden sich nur niedere Beamte“.

Auch die belgische offiziöse Presse beschäftigt sich mit der Frage der Konferenz. In einem „Die Wilnaer Frage“ überschriebenen Artikel führt „Independence Belge“ folgendes aus:

„Die Verhandlungen zur Lösung der Wilnaer Frage haben am 20. April in Brüssel begonnen. Unter dem Vorsitz Paul Hymans versuchen die litauischen und polnischen Vertreter, das ausserordentlich verwickelte Problem zu lösen. Wilna ist das Fiume des Ostens. Um nun unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, den Verhandlungen zu folgen, wollen wir in grossen Zügen eine Geschichte des Streites um Wilna geben, in den Litauen und Polen geraten sind.

Litauen ist aus der Zersplitterung Russlands hervorgegangen. Schon vor dem Kriege hat in dem historischen litauischen Gebiet eine Bewegung bestanden, die sich auf die Frage der Sprache und Literatur erstreckte. Es ist bekannt, dass sich die litauische Sprache sehr alte Formen erhalten hat, sodass sowohl sie als auch die lettische Sprache von allen europäischen Sprachen sich noch am meisten den Formen des Sanskrit nähert.

Diese kulturelle Bewegung in Litauen fasste gleich zu Beginn des Krieges festeren Fuss und gewann noch an Bedeutung zur Zeit der deutschen Besetzung. Aus taktischen Gründen unterstützten die Deutschen sie. Die Polen sagen: Mit Hilfe der Deutschen wurde die litauische Taryba gewählt. Die Taryba bestand aus angesehenen Personen, die das Vertrauen der Okkupationsverwaltung genossen. Unwillkürlich erinnert man sich der Vorgänge unter Unwillkürlich erinnert man sich in Flandern die Taryba konterdeutsch in Verwaltung in Flandern die Taryba konstituierte sich in Wilna und Deutschland erkannte die Unabhängigkeit des litauischen Staates im März des Jahrganges 1918 an. Nach dem Waffenstillstand räumten die Deutschen Wilna, welches dann im Dezember 1918 (Januar 1919 d. Red.) von den Bolschewisten eingenommen wurde. Die litauische Regierung verlegte ihren Sitz nach Kowno.

In dem Kampf Polens gegen die Bolschewisten besetzten im Frühjahr 1919 die Truppen des Generals Pilsudski Wilna, und am 22. April verspricht ihr Führer, der selbst „in diesem unglücklichen Lande“ geboren sei, in einer Proklamation, der Bevölkerung die Möglichkeit geben zu wollen, über ihre Zugehörigkeit selbst entscheiden zu können.

Inzwischen begannen die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen. Die Polen boten Litauen ein Abwehrbündnis gegen die Bolschewisten an und machten den Vorschlag, Stadt und Land Wilna, die sie als polnisches Gebiet bezeichneten, selbst über ihr Schicksal entscheiden zu lassen. Die Litauer setzten diesem Vorschlag die Bedingung entgegen, die Unabhängigkeit Litauens mit Wilna als Hauptstadt anzuerkennen. Mit Ausnahme des letzten Teiles ging Polen am 4. Juli 1920 darauf ein, die litauische Regierung de facto anzuerkennen.

Im selben Monat vertrieben die Bolschewisten die Polen aus Wilna. Wieder nahmen die Litauer ihren Sitz in Wilna und unterschrieben am 12. Juli ihren Frieden mit den Bolschewisten. Durch diesen Vertrag, der in Moskau zustande kam, gaben die Bolschewisten Litauen einen Teil des Territoriums,

welches der Oberste Rat am 8. Dezember 1919 Polen zu geben sich einverstanden erklärt hatte, und und die Litauer beilieten sich, die Curzon-Linie zu überschreiten.

Die Bolschewisten aber erlitten bei Warschau eine Niederlage und mussten sich wieder zurückziehen. Litauen besetzte den südlichen Teil der Provinz Suwalki welche nach Meinung des Obersten Rates Polen gehört, und lehnten es ab, ihn zu räumen. Es kam zu einem Zusammenstoss zwischen Polen und Litauern in der Gegend von Suwalki und Augustowo, und der Konflikt nahm eine ernste Wendung. Damals fand Polen Unterstützung im Völkerbund.

Am 4. September 1920 erklärte die polnische Regierung dem Völkerbund, dass sie gezwungen sein würde, Litauen den Krieg zu erklären, falls Litauen die polnischen Gebiete nicht räumte und mit den Bolschewisten gemeinsame Sache machen würde. Sie bat den Völkerbund, die Vermittlung zur Vermeidung des Krieges zu übernehmen.

Durch die Zustimmung beider Parteien wurde die Frage in die Hände des Völkerbundes gelegt.

Der Vertreter Polens, Paderewski, erklärte dem Obersten Rat, dass das Verbleiben litauischer Truppen westlich von der vom Völkerbund festgesetzten zeitweiligen Grenze Polens eine Kriegsgefahr bedeute.

Der Vertreter Litauens, Woldemaras, betonte, dass der Beschluss vom 8. Dezember 1919 für die litauische Regierung keinerlei zwingende Gründe enthalte, dass ausserdem der mit den Bolschewisten am 12. Juli 1920 geschlossene Vertrag die neu aufgestellten Grenzen Litauens anerkenne.

Nach Befragung beider Parteien, schlug der Völkerbund auf Grund einer Mitteilung des belgischen Vertreters, Hymans, der litauischen und polnischen Regierung folgendes gegenseitiges Abkommen vor:

1) Die litauische Regierung erkennt die von dem Obersten Rat am 8. Dezember 1919 festgesetzten Grenzen an und zieht seine Truppen nach Westen hinter diese Linie zurück;

2) Die polnische Regierung verpflichtet sich, in dem von dieser Linie östlich gelegenen Gebiet, das von den Litauern besetzt gewesen ist, die Neutralität zu wahren, mit der Bedingung, das Litauen sich bemüht, Sowjetrussland zu einer gleichen Neutralität zu bewegen.

Die Ausführung dieses Abkommens wurde einer Kommission übertragen.

Wilna sollte in den Händen der Litauer bleiben. Die Polen aber ertrugen das nicht, und so besetzte im November 1920 Zeligowski die Stadt. Dadurch trat die Frage in eine kritische Phase ein.

Der Völkerbund sah einen neuen d'Annunzio und ein neues Fiume entstehen und bemühte sich, einen Ausweg zu finden. In seiner Sitzung vom 23. Dezember 1920 beschloss der Oberste Rat, dass der Konflikt durch Volksabstimmung entschieden werden solle. Dieser Beschluss jedoch konnte nicht durchgeführt werden. Die Litauer sagen, die Polen seien daran schuld, weil sie die Truppen des Insurgenten Zeligowski nicht zurückziehen wollten. Die Polen wiederum schreiben den Litauern die Schuld zu, die gegen die Entsendung eines internationalen Heeres für die Durchführung der Volksabstimmung waren.

So kam die Volksabstimmung nicht zustande, und der Oberste Rat beschloss in seiner Sitzung vom 1. März 1921 in Paris, Litauen und Polen zur Schlichtung des Streites zu direkten Verhandlungen einzuladen.

Und dies sind nun die Verhandlungen, die jetzt in Brüssel geführt werden.

Unsere Ansprüche an Russland.

Das Pressebüro der bevollmächtigten Vertretung der russischen Sozialistischen Sowjetrepublik in Litauen bittet uns, die folgende Bekanntmachung des Volkskommisariats, welche in Nr. 77 der „Iswestja“ vom 19. April veröffentlicht wurde, zur Kenntnis unserer Leser zu bringen:

„Hiermit wird bekanntgegeben, dass alle litauischen Bürger, die nach Artikel X des russisch-litauischen Friedensvertrages irgendwelche Ansprüche an die russische Krone haben, diese innerhalb sechs Monaten vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in der „Iswestja“ ihre Ansprüche an die litauische bevollmächtigte Vertretung in Moskau gelangen lassen müssen. Nach Ablauf dieser Frist werden Ansprüche, ganz gleich in welcher Art sie gemacht werden, Berücksichtigung bei der russischen Regierung nicht mehr finden.“

Die Frist läuft damit am 10. Oktober ab. Es wird sich empfehlen, Forderungen an die Russische Regierung durch das litauische Auswärtige Amt (Užsienių Reikalų Ministerija) an die Vertretung in Moskau gelangen zu lassen.

Die lettische evangelisch-lutherische Kirchensynode

wurde am 8. April um 4 Uhr nachmittags geschlossen.

Schon der erste Punkt der Kirchenverfassung, der das Bekenntnis auf symbolische Bücher neben dem lebendigen Christus und seinem Evangelium begründen wollte, stiess auf Widerstand. Pastor E. Berg, erklärte dass er im Falle der Annahme dieses Punktes sich genötigt fühlen werde, aus der lettischen evangelisch-lutherischen Kirche auszutreten. Dieses hatte die Ausschliessung des Punktes von der Tagesordnung zur Folge.

Die Frage über gemeinsame Kirchen und über ein gemeinsames Kirchenvermögen der lettischen und deutschen Gemeinden, die noch nicht ausreichend geklärt sei, wurde auf Vorschlag des Probstes K. Irde vertagt.

Die Synode protestierte einstimmig gegen die Ueberlassung der evangelisch-lutherischen Jakobikirche an die Katholiken, beschloss das neue lettische Gesangbuch in der alten Orthographie herauszugeben und wandte sich gegen die Eröffnung von Getränkeanstalten in der Nähe von Kirchen und Friedhöfen und gegen den Luxus.

Ferner beschloss die Synode, den ihr von den Deutschen gemachten Vorwurf, mit ihnen nicht gemeinsam arbeiten zu wollen, als unbegründet abzulehnen und gegen die von den Deutschen angekündigte Abberufung ihrer Lehrkräfte aus der theologischen Fakultät und ihrer Vertreter aus dem lettischen evangelisch-lutherischen Konsistorium zu protestieren.

Zuletzt wurde beschlossen die Annahme der Kirchenkonstitution der nächsten Synode zu überlassen und die Vorarbeiten einem aus 20 Mitgliedern zusammengesetzten Rat zu übertragen. In diesem Rat wurde als Vorsitzender Probst Irbe und als Glieder die Pastoren Irbe, E. Berg, I. Sanders sen. Kundsich, Ehrmann und Grünberg, Probst Reinhard und andere gewählt. (L.Z.)

Von den Moskauer Wahlen.

MOSKAU, 25. 4. (Eita).

Nach einem Moskauer Funkspruch sind bei den Neuwahlen zum Moskauer Stadtrat 1538 Abgeordnete gewählt worden. Von diesen sind 1241 Kommunisten, 280 Parteilose und 17 Vertreter anderer Parteien. Unter den Gewählten befindet sich auch

Kalinin, der Vorsitzende des allrussischen Exekutiv-Komitees.

Der Rat der russischen Volkskommissare erklärte sein Einverständnis mit dem Projekt des Volkskommissariats für äussere Angelegenheiten betreffs der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Norwegen und Dänemark.

Weisserussische Delegation nach Nordamerika.

KOWNO, 25. 4.

Nach einer Meldung des Weissr. Pressebüros hat die Regierung der weisserussischen Volksrepublik eine Delegation für Nordamerika gebildet. Zu dieser Delegation gehören der Minister für die Volksminderheiten, Shilowski, der Staatssekretär Duschewski und der ehemalige Chef der militärischen und diplomatischen Mission in Lettland und Estland, Oberst Jesowitow.

Deutsche Note an die Entente.

Die deutschen Vorschläge für den Wiederaufbau Frankreichs überreicht.

Nach einer Meldung der Berliner „Elta“ vom 25. April hat die deutsche Regierung der französischen Regierung in Paris eine Note überreicht, die die den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Nordfrankreichs betrifft. Die Note enthält den Vorschlag der deutschen Gewerkschaften zu Verhandlungen. Ausserdem enthält die Note Einzelheiten über die finanzielle Frage.

Die französischen Gewerkschaften beschäftigen sich augenblicklich mit dem Problem eines gemeinschaftlichen Aufbaus der französischen Gebiete mit Deutschland.

Hierzu meldet das Pariser Journal, die Note enthalte folgendes Angebot:

1. Die Zahlung einer Entschädigungssumme in der Höhe, wie Simons sie in London am 7. März anbot, nämlich: die fünf ersten Annuitäten gemäss dem Pariser Abkommen zweimal zwei und dreimal drei Milliarden zuzüglich wechselnden Jahreszahlungen, die einer 12 prozentigen Steuer gleichkämen.

Für die auf diese fünf Jahreszahlungen folgenden Annuitäten ist eine geringere Summe vorgesehen, als sie in Paris bestimmt wurde. Die Sachverständigen sollen die Grundlage für die wechselnden jährlichen Beträge festsetzen.

2. Die deutsche Regierung will einen Plan zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete unter Teilnahme deutscher Arbeitskräfte ausarbeiten und die Lieferung von Rohmaterialien und Fertigwaren hierzu vorschlagen.

3. Eine Beteiligung der Alliierten an dem Gewinn der deutschen Industrie bis zum Höchstsatz von 80 v. H.

4. Die deutsche Regierung wird die alliierten Schulden bei Amerika auf ihre Rechnung übernehmen.

Zur Prüfung dieser Vorschläge soll Stinnes eigens aus Wien zurückgerufen worden sein, um sein Urteil abzugeben.

Inzwischen prüfen die französischen Sachverständigen weiter die in Notfall anzuwendenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen. „Echo de Paris“ meldet, dass der von der Entente neu zu besetzende Teil des Ruhrgebiets eine Ausdehnung von 65 km Breite und 25 km Länge haben werde.

Angehoblich sollen die neuen deutschen Vorschläge von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale inspiriert worden sein, eine Nachprüfung dieser Meldung ist jedoch nicht möglich, sodass dem französischen Blatt die Verantwortung dafür überlassen bleiben muss.

Konferenz der Ministerpräsidenten.

LONDON, 25. 4. (Reuter).

Nach einer Reutermeldung ist Briand in Begleitung Bertelots und Hamerliks am 23. April, 8 Uhr nachm., in Villa Soszoon (P. d. Red.) eingetroffen, wo er von Lloyd George empfangen wurde. Bald darauf begann die Konferenz der beiden Ministerpräsidenten, an der auch Lord Derby und die Sekretäre Curzon, Varsittart und Lloyd Georges, Philipkers, teilnahmen.

Zur Lage in England.

Nach einer Reutermeldung aus London vom 26. April hat der Vorstand des internationalen Eisenbahnerverbandes seinen Mitgliedern den Befehl erteilt, die Ausfuhr von Kohlen aus den Bergwerksgebieten während der Verhandlungen der Bergarbeiter nicht zuzulassen und den Verbrauch von in Übersee aufgekauften Kohlen nicht zu gestatten.

Die für den 25. April festgesetzte Konferenz der Bergarbeiter, Grubenbesitzer und der Vertreter der Regierung, auf welcher die Vorschläge der Grubenbesitzer beraten werden sollten, ist auf den 26. April verlegt worden.

Der Besitzer der bekannten Noats-Zwirnerelen hat bekannt gemacht, dass der Arbeitslohn noch weiter herabgesetzt werden wird, sodass der Preis für je 400 Yards Zwirn einen Penny betragen wird.

Zum Streik in England.

LONDON, 25. 4. (Elta).

Nach einer Reutermeldung hat die Kommission der Grubenarbeiter ihre Konferenz auf den 25. April vertagt, nachdem sie Mitteilung über eine Unterredung ihrer Führer mit dem Ministerpräsidenten und den Grubenbesitzern erhalten hatten.

Manifest der englischen Arbeiter für den 1. Mai.

LONDON, 26. 4. (Elta).

Nach einer Reutermeldung hat die englische Arbeiterpartei für den 1. Mai ein von Henderson, Thomas Branting, Bandvelde und Troelstra unterzeichnetes Manifest erlassen, in dem gefordert werden der freie internationale Warenaustausch, die Freilassung aller politischen Verbrecher, die Abrüstung in allen Ländern, welche in stande sind, sich selbst zu schützen, die Sozialisierung der Lebensmittel und die Errichtung internationaler Kooperative.

Maschinistenstreik in Amerika.

LONDON, 26. 4. (Elta).

Nach einer Reutermeldung aus New York drohen dort 100000 Schiffsmaschinisten am 1. Mai in den Ausstand zu treten. Der Streik würde eine Unterstützung der englischen Maschinisten bedeuten. Auf diese Weise würde eine internationale Arbeitseinstellung erzielt werden.

Um Oberschlesien.

WARSCHAU, 25. 4. (Elta).

Nach einem Funkspruch aus Beuthen wird die gemischte Entente-Kommission die oberschlesischen Abstimmungsarbeiten in dieser Woche zu Ende führen und dem Obersten Rat hierüber Bericht erstatten.

Deutsche Truppenkonzentrationen.

Ein Warschauer Funkspruch will wissen, dass die deutsche Regierung an der oberschlesischen Grenze Truppen aus allen Teilen Deutschlands zusammenziehe. Aus Bayern sollen 18000 Mann eingetroffen sein.

Kleine Meldungen

Die französische Kammer bewilligte 15 Milliarden Franken für den Wiederaufbau Nordfrankreichs. In Mecklenburg hat sich ein neues Kabinett gebildet, an dessen Spitze ein Sozialdemokrat steht.

Frankreich hat mit Südslawen ein Defensivbündnis gegen Osterreich geschlossen.

RIGA, 23. 4. (Elta)

Die Fraktionen des Seims verhandeln untereinander wegen des lettischen Kabinetts. Man projektiert ein nationales oder Koalitionskabinett.

Die Heere der Kontinentstaaten.

LONDON 19. 4.

Der Kriegsminister veröffentlicht in den „Parlamentary Papers“ eine Mitteilung über die Grösse der

Heere der Länder auf dem Kontinent. Danach hat Oesterreich 30000, Belgien 105000, Bulgarien 33000, die Tschecho-Slowakei 147300, Dänemark 15400, Finnland 35000, Frankreich 809652, Deutschland 100000, Griechenland etwa 250000, Ungarn 35000, Italien 300000, Holland 21400, Norwegen 15400, Polen etwa 800000, Portugal 30000, Rumänien 160000, Spanien 600000, Schweden 56200, Schweiz 200000, der serbisch-kroatisch-slovenische Staat 200000 Mann.

Vermischtes.

Eine Lotterle mit Strassenbahnfahrtscheinen.

Die Hamburger Strassenbahn hat sich zur Einführung der Fahrtscheinelotterie entschlossen, um der Geschäftswelt eine neue, wirksame Werbeart zu bieten und um einen Teil der ständig wachsenden Betriebskosten nicht durch Fahrpreiserhöhungen decken zu müssen. Alle mit der Eigenschaft eines Frellosen, Fahrtscheine erhalten die die „Verkehrstechnik“. Die Anlosung findet, wie wir der „Verkehrstechnik“ entnehmen nach Ausgabe von 50 Millionen Fahrtscheinen (also etwa alle vier Monate, zum ersten Male voraussichtlich im August d. J.) unter behördlicher Aufsicht statt, mit je einem Haupttreffer von 20000 M. und zahlreichen kleineren Gewinnen. Als Losnummer gilt die Nummer mit den übrigen Bezeichnungen am Kopf des Fahrtscheins.

Aus dem Parteileben.

II. Grosser Delegiertentag in Wilkowschki am 23. und 24. April.

Unter dem Vorsitz von Frau Kehler begann am 23. April nachmittags 4 Uhr in dem Räum der deutschen Volksschule in Wilkowschki die Beratungen des 2. Grossen Delegiertentages der Partei der Deutschen Litauens. Anwesend waren zuerst 22 Vertreter der verschiedenen Kreisausschüsse am zweiten Verhandlungstage fand sich noch ein Vertreter ein. Vertreten waren die Kreisausschüsse Wilna, Tauroggen und Schaki. Nicht vertreten waren die Kreisausschüsse Wilna, Schaulen und Kowno-Land.

Wie bereits berichtet enthielt die Tagesordnung wichtige Fragen der Organisation — hierunter auch die Frage der Autonomie für die Deutschen Litauens — der Presse und Propaganda, des Schulwesens, der sozialen Fürsorge, der Finanzen, des Rechnungswesens und anderes. Die Verhandlungen, die teilweise einen recht stürmischen Verlauf nahmen, haben trotzdem zu einem befriedigenden Resultat geführt. Der grosse Delegiertentag hat — das sei vorrausgenommen — den Beschluss gefasst, den bisherigen vorläufigen Zentralschuss, wie er am 5. Januar in Wilkowschki gewählt worden war, bestehen zu lassen und an die Wahl eines ständigen Zentralschusses erst auf dem nächsten Delegiertentag heranzutreten, der in 6 Monaten wieder zusammentreten soll. Als Ort für den nächsten grossen Delegiertentag wurde Kowno bestimmt.

Über die Einzelheiten der Verhandlungen lässt wir in diesen Tagen einen ausführlichen Bericht folgen.

Von allen Seiten wurde, wie auch früher bei gleichen Veranstaltungen dem Gefühl Ausdruck gegeben, dass die Deutsche Partei durch keinerlei Stimm- oder Meinungsküsstereien erschüttert werden kann, und dass sie der festen Überzeugung ist, dass das Deutsche Parteiloben in Litauen von Tag zu Tag erstarke wird, dass nichts das feste Band, das alle Parteilmitglieder umschliesst, zerreißen kann, und dass jeder in Haus und Welt sich voll und ganz und freudig stets zur Deutschen Partei bekennen wird.

Kunst und Wissenschaft.

Konzert am 1. Mai.

Die Musikabteilung des litauischen Kunstvereins veranstaltet am 1. Mai ds. Js. ein grosses Konzert, an welchem alle litauischen Künstler teilnehmen werden. Zum Vortrag werden ausschliesslich neue Schöpfungen litauischer Komponisten gelangen. Eintrittskarten werden von Donnerstag ab an der Theaterkasse zu haben sein.

LITAUISCHE
AUSKUNFT u.
ADRESSVERLAG
KOWNO, KEISTUCIO G-VE Nr. 18.

MONTEUR sucht geeignete Beschäftigung. Bewandert in allen Montagearbeiten der Elektrotechnik und Verbrennungs-Motoren. Kann auch als Flieger eintreten.
Riga, Andreasstraasse Nr. 4, Wohnung 4.

SALZHERINGE! Deutsche, Holländische u. Norweger haben in grosseren posten preiswert abzugeben

SCHMIDT u. Co. Cuxhaven.
Telegramm-Adresse: «GADUS» Cuxhaven.
Man verlange telegraphische Angebote.

FRAU oder JUNGEN zum Austragen der Zeitung sucht die Redaktion, Keistucio g-ve 4.

ZAHLE 300 MARK fuer den Nachweis einer moeblierten 1 bis 2 Zimmerwohnung ohne Küche. Angeh. an Annoncen-Expedit. „Reklama“ Kowno, Ozeskiencils (Kutowska) 8, sub. W.